Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr 202 — Erscheint wöchentlich 6 mal. — Bezugspreis freibleibend — Halver Donnerstag, den 28. August 1924 — Anzeigenpreis für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Goldpf für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfg. — Reklame 40 Goldpfg. — Offertgebühren 10 Goldpfg. und Porto. — 24. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der jüngst abgeschlossene deutsch-spanische Handelsvertrag wurde im Reichsrat mit 38 gegen 19 Stimmen genehmigt.

* Der deutsche Reichskanzler kündigte im Reichstag an, daß die Regierung bereit sei, die Londoner Abmachungen am 30. August auf jeden Fall zu unterschreiben.

* Die deutschnationale Reichstagsfraktion wird in einer Sitzung am Mittwoch darüber entscheiden, ob für die Donnerstagsabstimmung über das Londoner Abkommen Fraktionszwang eintritt oder nicht.

* Die Micum hat die deutsche Sechserkommission für den 29. August zu neuen Verhandlungen eingeladen.

* Die Frist zur Aufstellung von Goldbilanzen ist für Gesellschaften, deren Geschäftsjahr sich mit dem Kalenderjahr deckt, bis zum 30. November verlängert worden.

In der Schwebe.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns über die am zweiten Tage der Parteiaussprache zu dem Londoner Abkommen im Reichstage herrschende Stimmung geschrieben:

Was kommt, weiß man nicht. Was kommt nach der entscheidenden Sitzung des Reichstages, in der die Gesetzentwürfe über das Londoner Abkommen angenommen oder abgelehnt werden, oder ...? Ja, das „oder" ist das dritte Fragliche! Dieses „oder" ist geplant für den Fall, daß die Gesetzentwürfe oder vielmehr das Eisenbahngesetz zu Fall kommen. Dann soll die Regierung das Londoner Abkommen auf Grund des Artikels 45 der Reichsverfassung doch unterschreiben, wodurch die völkerrechtliche Bindung herbeigeführt würde, also die Bindung Deutschlands gegenüber der Entente und umgekehrt. Und daß dann der Reichspräsident auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung die Gesetzentwürfe staatsrechtlich in Kraft setzt. Diese Reichspräsidentverordnung müßte dann später — mit einfacher Mehrheit — vom Reichstag angenommen werden.

Daneben sind aber die Vermutungen noch lange nicht beendet, wonach — wieder auf Grund der Reichsverfassung, und zwar des Artikels 178 — zur Annahme des Eisenbahngesetzes eine Zweidrittelmehrheit gar nicht notwendig sei, weil dieser Artikel alle höheren Mehrheiten bei Verfassungsänderungen dann für nicht notwendig erklärt, wenn dadurch Gesetzentwürfe zur Ausführung des Friedensvertrages berührt werden. Ein Gutachten des früheren Ministers Dr. Simons will das beweisen. Das sind aber alles fruchtlose Versuche, weil Marx sowohl wie Stresemann und andere offizielle Stellen der Reichsregierung diese Zweidrittelmehrheit für notwendig erklärt haben. Auch die Entente, Herriot und Macdonald haben den gleichen Standpunkt eingenommen und die Pariser und Londoner Blätter haben das bei der Besprechung der Reichstagsverhandlungen wieder aufs schärfste unterstrichen. Ebenso ist übrigens von London und Paris aus Berlin nicht im unklaren darüber gelassen worden, daß man dort seine Unterschriften nur dann unter das Londoner Abkommen und erst dann setzen werde, wenn der Reichstag die Entwürfe annimmt; sonst nicht. Also scheint — wir betonen das „scheint" — auch dieser Weg verbaut zu sein.

Was soll denn nun geschehen? Also doch Reichstagsauflösung bei Ablehnung der Gesetze? Sind die Deutschnationalen geschlossen dagegen, so wird die Zweidrittelmehrheit nicht erreicht. Es ist immer wieder die Rede davon, daß die Deutschnationalen sich teilweise der Stimme enthalten oder gar mit „Ja" stimmen könnten. Zweifellos geht man davon aus, daß die Deutschnationalen die Neuwahl zu fürchten hätten, daß vor allem namentlich die Anhänger dieser Partei in den besetzten Gebieten für die Annahme des Londoner Abkommens wären. Der Druck ist noch verstärkt worden durch gewisse, allerdings ganz unverbindliche Besprechungen, in denen die Möglichkeit gestreift wurde, den Deutschnationalen stärkere Einwirkung auf die Ausführungsverordnungen zum Londoner Abkommen zuzubilligen. Ob das zu einem Resultat führen wird, das von Einfluß auf die Abstimmung sein kann, ist aber auch wieder eine von den großen Rätselfragen, da man eben nicht weiß, ob die Opposition ihre Stellung wegen solcher unverbindlicher Andeutungen wird verrücken lassen. Daß hierüber noch alles in der Schwebe ist, beweist übrigens auch die fast auffallend verschiedene Art, in die der Reichskanzler Marx seine Antwort auf die Reden Hergts einerseits, Wulles andererseits kleidete; dort eine ruhige sachliche Auseinandersetzung, hier schärfste Vorwürfe, heftigste, bis zur verblümten Beschuldigung des Landesverrats gesteigerte Angriffe auf die Nationalsozialisten.

Aus allen diesen Gründen ist also die Reichstagsauflösung zwar stark im Vordergrund des unverbindlichen Geredes im Reichstag, aber man — hofft doch immer noch, daß irgendein Weg gefunden wird, auf dem man an der Klippe vorbeikommt. Parlamentarische Taktik erfordert natürlich, sich bei jeder Partei als überaus siegesbewußt und zuversichtlich zu zeigen; aber die Deutsche Volkspartei und das Zentrum sind im Grunde ihres Herzens gar nicht so sehr von einer Neuwahl entzückt, weil man dort glaubt, daß die Früchte einer derartigen „Angstwahl" doch von den Sozialdemokraten gepflückt werden, daß also ein starker Linksruck und daher dann auch ein schroffer Linkskurs einsetzen würde, der ganz unübersehbare sozialpolitisch-wirtschaftliche Kämpfe bringen könnte.

Jede Stunde, fast jede Minute gebiert neue Kombinationen, angebliche Äußerungen mehr oder weniger maßgebender Persönlichkeiten. Wird schließlich die Volksvertretung nicht zu einem Ziel kommen können und die Volksmeinung vor ein Urteil, eine Entscheidung gestellt?

Für und gegen den Dawes-Plan.

„Bereit zur Unterschrift".

(23. Sitzung, Schluß.) CB. Berlin, 26. August.

Unerwarteterweise wurde die gestrige Tagung des Reichstages zu einer Dauersitzung, die erst um Mitternacht mit dem beginnenden heutigen Tage ihr Ende erreichte und dadurch ihr besonderes Gepräge erhielt, daß Reichskanzler Dr. Marx nochmals mit längeren Ausführungen in die Diskussion eingriff. Die mit der ersten Lesung der Gutachtengesetze verbundene Aussprache der Parteien brachte nach dem Abg. Curtius von der Deutschen Volkspartei den nationalsozialistischen Abg. Wulle auf die Rednertribüne. Er charakterisiert das Londoner Abkommen als ein zweites Versailles, das unbedingt abgelehnt werden müsse.

Der demokratische Abgeordnete Erkelenz sagt, daß das Londoner Abkommen nicht die Befriedigung seiner Partei finde, jedoch von ihr als eine wichtige Etappe auf dem Wege zu einer besseren Zukunft betrachtet werde.

Reichskanzler Dr. Marx

erhebt sich nun unter großer Spannung und wendet sich gegen die Kritik, welche die oppositionellen Vorredner an den Ergebnissen der Londoner Konferenz und der Stellung der Regierung geübt haben. Es sei unwahr, daß der Reichspräsident sich nicht von sachlichen Erwägungen, sondern von taktischen und parteipolitischen Gründen leiten lasse. Die Reichsregierung habe auch bei jeder geeigneten Gelegenheit die Kriegsschuldfrage in entschiedener Weise aufgerollt. Die Frage könne aber nicht mit Schlagworten gelöst werden, sondern auf dem Wege streng historischer wissenschaftlicher Forschungen. Keiner der Kritiker, sagt der Kanzler, habe einen Weg gewiesen, wie Deutschland in eine bessere Lage kommen könne. Wenn die Frage, wie Deutschland aus seiner außerordentlichen drückenden Kreditnot befreit werden soll, nicht klipp und klar beantwortet wird, dann verbitte ich mir die Kritik. (Große Unruhe rechts.) Die Zusage Herriots, das Ruhrgebiet in 12 Monaten zu räumen, sei niedergelegt in einem Brief Herriots an Macdonald, der im Berliner Auswärtigen Amt liegt und den der Kanzler verliest. Der Kanzler fährt fort:

Was wir tun können zur Ausführung des Dawes-Plans, ist die deutsche Reichsregierung entschlossen auszuführen, und ich hoffe, daß sie der Reichstag dabei unterstützt.

Von seinen Darlegungen am letzten Sonnabend erklärte der Kanzler, nicht das geringste zurücknehmen. Die Fragen der Räumung der Ruhr sollen in keiner Weise verknüpft werden mit irgendwelchen handelspolitischen Abmachungen. Der Reichskanzler wendet sich weiter gegen die Kritik und die Haltung der Rechtsparteien und sagt zum Schluß:

„Wir sind bereit, am nächsten Samstag zu unterschreiben (hört, hört!), weil wir diesen Kontrakt als einen Schritt auf dem Wege zur Gesundung unseres Vaterlandes ansehen, weil wir auf diesem Wege einen großen Teil unseres besetzten Gebietes zu befreien hoffen. (Rufe rechts: Nur hoffen!) **Weil wir diese Hoffnung haben, darum sind wir bereit, zu unterschreiben.** (Beifall b. d. Mehrh.)

Nach dem Reichskanzler sprachen die Vertreter der Bayerischen Volkspartei Pfleger und der Wirtschaftspartei Dr. Bredt trotz mancher Bedenken im Namen ihrer Parteien ihre Zustimmung zu den Regierungsvorlagen aus. Der deutschsoziale Abgeordnete Kunze brachte den ablehnenden Standpunkt seiner Parteifreunde zum Ausdruck. Damit war die erste Lesung der Gutachtengesetze erledigt und das Haus vertagte sich.

*

(24. Sitzung.) CB. Berlin, 26. August.

Die heutige Sitzung bringt die zweite Lesung der Vorlagen, die sich auf die Londoner Abmachungen beziehen. Die erste umfaßt die Bankvorlage, die zweite beschäftigt sich mit der Industriebelastung, die dritte mit dem Reichsbahngesetz und die vierte mit dem Mantelgesetz.

Bei der Beratung der Bankgesetze bedauerte der Abg Dietrich (D. Nat.) die Haltung des Reichsbankpräsidenten, der offenbar der Rentenmark nicht sympathisch gegenüberstehe und dem Kreditbedürfnis der Landwirtschaft nicht genügend Rechnung trage.

Abg. Graefe (Nat. Soz.) beantragte Aussetzung der Verhandlungen, bis der Reichsbankpräsident erschienen sei.

Präsident Wallraff wies darauf hin, daß der Reichstag nur die Hinzuziehung von Ministern zu seinen Sitzungen verlangen könne.

Abg. Keil (Soz.) entgegnete dem Abg. Dietrich, die Kriegspolitik habe allein das deutsche Währungselend verschuldet.

Abg. Lammers (Zentr.) wies auf die schwere Belastung hin, die der Industrie durch den Londoner Pakt auferlegt werde. Die Industrie sei jedoch bereit, im Interesse des Vaterlandes die Last auf sich zu nehmen.

Abg. Katz (Komm.) bekämpfte die Vorlage und meinte, die neue Bank solle die absolute Alleinherrschaft des ausländischen Kapitals in Deutschland sichern.

Abg. Dr. Kulenkampff (D. V.) trat für die Vorlage ein und hielt eine Ablehnung der Bankgesetze und ein Weiterwirtschaften mit der Rentenmark für unmöglich. Es komme jetzt nicht auf theorisierende Erörterungen an, sondern auf ruhige, friedliche Entwicklung. Im übrigen kritisiert er die bisherige Praxis der Reichsbank, die in Verkennung ihrer eigentlichen Aufgabe nur Geld gedruckt und damit die Inflation gefördert habe. Die Rentenmark könne nicht die endgültige deutsche Währung sein. Mit ihr sei auf die Dauer nicht weiter zu arbeiten.

Abg. Feder (Nat. Soz.) bezeichnete die Vorlage als den Versuch, das deutsche Volk in die Zinsknechtschaft des internationalen jüdischen Kapitals zu bringen. Er lehnte aus diesem Grunde die Vorlage ab.

Reichswirtschaftsminister Hamm

betonte, die Rentenmark könne nicht auf sich allein gestellt die stabilisierte Währung darstellen. Der Reichsbankpräsident habe ein großes Verdienst an der Aufrechterhaltung der Stabilisierung der Währung. Er habe auch bei den Verhandlungen mit den Sachverständigen erfolgreich für die Befriedigung des Kreditbedürfnisses der Landwirtschaft gewirkt.

Abg. Graf Bernstorff (Dem.) führte aus, daß an den Gesetzen doch nichts zu ändern sei und es besser sei, ohne lange Reden und parteipolitische Auseinandersetzungen möglichst schnell zur Annahme zu kommen, die eine nationale Notwendigkeit sei.

In der weiteren Aussprache verlangt der Abg. Holzamer (Wirtschaftspartei) die Ausdehnung der Kredithilfe auch auf Handwerk und Kleingewerbe. Nach Ausführungen des Abg. Pfleger (Bayr. V.) und des Abg. Kuhnt (D. Soz.) wurde mit der zweiten Lesung der

Vorlage über Industriebelastung

begonnen. Dabei empfahl der Abg. Schneider (D. V.) die von seinen Freunden im Auswärtigen Ausschuß gestellten Anträge, wonach im Gegensatz zu dem Reichsratsbeschluß auch die werbenden Betriebe des Reiches, der Länder und Gemeinden in den Kreis der Belasteten einbezogen werden sollen, ebenso die Sparkassen, die im wesentlichen als Bankbetriebe arbeiten.

Abg. Feder (Nat. Soz.) erhält nachträglich einen Ordnungsruf wegen beleidigender Bemerkungen gegen den Reichsbankpräsidenten und die Reichsregierung.

Abg. Lejeune (D. Nat.) lehnt die Vorlage ab, weil die Substanz der deutschen Wirtschaft nicht mit den Lasten aus dem Versailler Vertrag verquickt werden dürfe.

Abg. Frau Sender (Soz.) wandte sich gegen die Kommunisten und meinte, die Arbeiterschaft werde es nicht verstehen, daß die Kommunisten sich schützend vor die Inflationsgewinne der Industrie stellen. Die Rednerin ersuchte die Regierung, die Erklärung des Außenministers Dr. Stresemann, daß bei Annahme des Dawes-Gutachtens die Amnestie für die politischen Gefangenen auch auf das unbesetzte Deutschland ausgedehnt werden solle, im Plenum zu wiederholen, damit die Folgen einer Ablehnung im Volke bekannt würden.

Abg. Koenen (Komm.) betonte, die Industrie werde die ihr auferlegten Lasten auf die Preise schlagen, so daß schließlich doch die breiten Massen die Belasteten sein würden.

Eine Brücke?

Von dem Abg. Bredt (Wirtschaftl. Ver.) ist ein Antrag eingegangen, der folgendes besagt: Der Reichstag wolle beschließen, in der Einleitung zur Vorlage über die Reichseisenbahnen (Reichsbahngesetz) die Worte zu streichen: „Nachdem festgestellt ist, daß die Erfordernisse zu einer verfassungsändernden Gesetzgebung erfüllt sind."

Würde dieser Antrag angenommen, so entfiele die Notwendigkeit einer Zweidrittelmajorität für die Vorlage im Reichstage und ihre Annahme wäre gesichert.

Über den Antrag wird später abgestimmt. Heute geht die Einzelberatung weiter und dauert bis in die Nachtstunden.

Kommt es zur Zweidrittel-Majorität?

Berlin, 26. August.

Wie das 8-Uhr-Abendblatt, und zwar angeblich von deutschnationaler Seite, meldet, wäre eine Zweidrittelmajorität für das verfassungsändernde Eisenbahngesetz jetzt mit 99 % Sicherheit im Reichstage zu erwarten.

Nicht nur die Deutschnationalen des besetzten Gebiets, also etwa 25 Stimmen, würden sich für das Eisenbahngesetz aussprechen, sondern auch die übrigen westdeutschen und süddeutschen Abgeordneten der Partei, insgesamt 40 bis 45 Abgeordnete, um ihrerseits alles zur Sicherung der Durchführung des Londoner Paktes zu tun. Ein großer Teil der übrigen Abgeordneten der Deutschnationalen Partei werde sich der Stimme enthalten oder sich an der Abstimmung überhaupt nicht beteiligen. Einige Arbeiterführer der Deutschnationalen hätten sich bereits gestern für mehrere Tage beurlauben lassen, um der Abstimmung aus dem Wege zu gehen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Sparkassen zur Aufwertung.

Der in Stuttgart tagende Allgemeine Deutsche Sparkassen- und Kommunalbankentag hat in der Aufwertungsfrage eine Entschließung angenommen, in der die Sparkassen den Wunsch ausdrücken, daß bei der im Reichstag zur Erörterung stehenden Erledigung der dritten Steuernotverordnung ihnen die Aufwertung ihrer wichtigsten Kapitalsanlagen gesichert wird, die sie in den Stand setzt, unter größtmöglicher Vereinfachung des Feststellungsverfahrens die Spareinlage auf einen nennenswerten Prozentsatz ihres Goldmarkwertes aufzuwerten.

Deutsch-italienische Handelsvertragsbesprechungen.

Das italienische Wirtschaftsministerium entsendet in den nächsten Tagen einen höheren Beamten nach Berlin, um Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag mit Deutschland einzuleiten, da Italien angesichts der ähnlichen französischen Bestrebungen bemüht ist, den jetzigen Zustand durch einen endgültigen Vertrag zu ersetzen.

Abfindung des Großherzogs von Mecklenburg.

Das Berliner Schiedsgericht hat jetzt in der Durchführung des Auseinandersetzungsverfahrens die Entschädigungsansprüche des großherzoglichen Hauses geregelt. Der Freistaat Mecklenburg hat an den Großherzog zu zahlen vom 1. Juli 1924 ab fortlaufend 389 340 Mark jährlich; später bis 1939 jährlich 210 000 Mark, ferner die nächsten Jahre 144 000, dann 83 680 Mark und 10 884 Mark. Entsprechend ist die Versorgungsfrage für die übrigen Mitglieder des großherzoglichen Hauses gelöst. Die Güter und Forsten Grambow, Rabensteinfeld, Hof Mecklenburg, Benitz, Ludwigslust und Heiligendamm werden dem Großherzog überlassen und angerechnet. Der Großherzog kann verlangen, daß die Museumssammlungen auf den Staat übernommen werden, und dafür verschiedene Güter beanspruchen.

Wohnungsfreigabe durch die Franzosen.

Von der französischen Besatzung sind in letzter Zeit in Düsseldorf etwa 400 beschlagnahmte Wohnungen, die ausgewiesenen Beamten gehörten, freigegeben worden. Die Wohnungen können jetzt den zurückgekehrten Beamten wieder übergeben werden. Nach Annahme der Londoner Beschlüsse würden schätzungsweise noch 500 bis 600 Wohnungen, in denen französische Regiebeamte untergebracht sind, freigegeben werden.

Polen.

× **Französisch-polnische Besprechungen.** Der polnische Außenminister Skrzynski reist in Begleitung zweier Beamten des Außenministeriums nach Paris, um mit Herriot wichtige Besprechungen abzuhalten, die wahrscheinlich den erwarteten neuen Kurs in der polnischen Außenpolitik einleiten werden. Sodann wird sich Skrzynski zur Völkerbundstagung nach Genf begeben.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Dem Vernehmen nach hat die Zentrumspartei ihre Organisationen im ganzen Lande angewiesen, die Vorbereitungen für etwa notwendig werdende Neuwahlen sofort einzuleiten.

Dortmund. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Afabund und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund veranstalteten hier einen großen Demonstrationszug mit anschließender Kundgebung für die Republik.

Paris. In einer Nachtsitzung der französischen Kammer wurde der Lausanner Vertrag (Kriegsregelung mit der Türkei usw.) mit 410 gegen 171 Stimmen genehmigt.

Paris. Die spanischen Truppen in Marokko haben eine neue schwere Schlappe erlitten. Chentafa ist nach viertägiger Belagerung in die Hände der Rifleute gefallen. Die Garnison ist gefangengenommen.

Khartum. Kürzlich wurden in einer Moschee und anderen öffentlichen Gebäuden auf dem Marktplatze von El Obeid Proklamationen angeschlagen, in denen die Bevölkerung zum Aufstand gegen die britische Regierung aufgefordert wurde.

Ottawa. In Temiscouata in der Grafschaft Ost-Quebeck wurde die große Konservenfabrik der Brown-Gesellschaft mit ungeheuren Vorräten an Fleisch ein Raub der Flammen.

Fristverlängerung für Goldbilanzen.

Bis 30. November 1924.

Die beschleunigte Aufstellung der Goldbilanzen entspricht einem dringenden wirtschaftlichen Bedürfnis und muß daher mit allem Nachdruck gefördert werden. Mit Rücksicht darauf, daß die gesetzliche Regelung der Gebühren und Kosten für die Umstellung erst unmittelbar bevorsteht, ist indessen der Wunsch der Wirtschaft, die Frist zur Vorlegung der Goldmarkeröffnungsbilanz in mäßigen Grenzen zu verlängern, als berechtigt anerkannt worden. Die Reichsregierung hat sich daher nach einer amtlichen Mitteilung entschlossen, für Gesellschaften, deren Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr zusammenfällt, auf Grund des § 20 der Goldbilanzverordnung die Frist zur Vorlegung der Goldmarkeröffnungsbilanzen bis zum 30. November 1924 zu verlängern.

Deutsch-spanischer Handelsvertrag.

Im Reichsrat angenommen.

Der Reichsrat beschäftigte sich mit dem neuen deutsch-spanischen Handelsvertrag. Das neue Abkommen mit Spanien, so heißt es in einer beigegebenen Denkschrift, erfüllt nicht alle deutschen Wünsche. Insbesondere habe Spanien es abgelehnt, Deutschland das Recht der allgemeinen Meistbegünstigung zu gewähren. Das Abkommen bringt aber die Beseitigung des Valutazuschlages und die restlose Gewährung der Sätze des spanischen Minimaltarifs ohne irgendwelchen Ausschluß für die deutsche Ausfuhr. Dadurch wird unsere Konkurrenzfähigkeit mit anderen Staaten auf dem spanischen Markt wieder hergestellt. Eine entscheidende Rolle spielte die Frage der Weinzölle. Die Bemühungen, die weitgehenden spanischen Forderungen abzumildern, hätten keinen vollen Erfolg gehabt. Wie den für den Winzerstand zu befürchtenden Schädigungen durch besondere Hilfsmaßnahmen abzuhelfen sein werde, sei Gegenstand ernstester Erwägungen der Reichsregierung.

Der Reichsrat nahm den Handelsvertrag mit 38 gegen 19 Stimmen an. Baden enthielt sich der Abstimmung. Gegen den Vertrag stimmten die Vertreter von Ostpreußen und Pommern sowie der Rheinprovinz, Bayern, Württemberg und Hessen.

Bayerns Eisenbahnforderungen zurückgestellt.

München, 26. August.

Der gesamte Ministerrat und die Koalitionsparteien in Bayern haben sich entschlossen, die bayerischen Eisenbahnforderungen vorerst zurückzustellen, um den Bestand des Reiches nicht zu gefährden. Damit hat aber Bayern seine bayerischen Interessen an der Eisenbahn nicht preisgegeben, sondern ausdrücklich erklärt, daß es sich alle weiteren Schritte vorbehalte. In mühevollen, monatelangen Verhandlungen ist die Einigung mit der Reichsregierung erzielt worden. Diese erkennt einen Teil der bayerischen Forderungen als berechtigt an.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 28. August 1924.

□ **Versorgungsanwärter.** Bekanntlich können sich Inhaber von Versorgungsscheinen, die bei einer Behörde bereits vor dem 31. Oktober 1923 vorgemerkt waren und die auf Grund der Personalabbauverordnung vom 27. Oktober 1923 aus ihrem Dienst- oder Arbeitsverhältnis entlassen wurden, auf Grund ministerieller Verordnung gegen Zahlung von 2000 Mark abfinden lassen. Die Frist, innerhalb der Anträge dem zuständigen Versorgungsamt eingereicht werden können, läuft mit dem 31. August dieses Jahres ab. Als Versorgungsanwärter gelten u. a.: a) Die Inhaber des Zivilversorgungsscheins nach § 15, 16 MVG. 1906 und § 30 des Wehrmachtversorgungsgesetzes 1921; b) des Zivilversorgungsscheins nach § 1 Abs. 4, 5, 7 und 8 der bisherigen Anstellungsgrundsätze von 1917; c) des Zivildienstscheins nach §§ 10 und 61 des Wehrmachtversorgungsgesetzes; d) des Polizeiversorgungsscheins nach § 2 des Reichsgesetzes über die Schutzpolizei der Länder von 1922; e) des Beamtenscheins nach § 33 RVG. Zur Vermeidung des Ausschlusses muß die Frist unbedingt eingehalten werden.

—* hk. **Fernsprechgebühren.** Der deutsche Industrie- und Handelstag hat sich auf Grund der inzwischen wieder zahlreich eingelaufenen Beschwerden über die Höhe der derzeitigen Fernsprech- und Telegraphengebühren mit einer erneuten Eingabe an den Reichspostminister gewandt und diesen ersucht, mit möglichster Beschleunigung eine Herabsetzung der Fernsprechgebühren zu veranlassen. Es ist zu hoffen, daß die Frage in der Sitzung des Verwaltungsrats der Deutschen Reichspost im September d. Js. zur endgültigen Entscheidung kommen wird.

—* hk. **Sicherheitsleistung mit E-Schätzen für Steuerzahlungen.** Auf Vorstellungen des deutschen Industrie- und Handelstages beim Reichsfinanzministerium wegen Zurückweisung von E-Schätzen als Sicherheit für Steuerzahlungen hat das Ministerium unter dem 29. Juli 1924 folgenden Erlaß an die Präsidenten der Landesfinanzämter gerichtet: „Es ist bei mir angefragt worden, ob mit den vom Reich ausgegebenen, mit 10 v. H. jährlich verzinslichen E-Schatzanweisungen (sog. E-Schätzen) Sicherheit für Reichssteuern geleistet werden kann, und zu welchem Annahmewert die E-Schätze als Sicherheit angenommen werden. Daß mit E-Schätzen Sicherheit für Reichssteuern geleistet werden kann, ergibt sich aus § 109 Abs. 1 Nr. 2 der Reichsabgabenordnung. Ueber den Abnahmewert, zu dem die E-Schätze als Sicherheit anzunehmen sind, fehlt es an einer Bestimmung. Insbesondere besagt die Stundungsordnung vom 29. Januar 1923 (R. G. Bl. 1 S. 75) nichts über den Annahmewert verzinslicher, an der Börse nicht notierter Schatzanweisungen des Reichs. Ich erkläre mich jedoch damit einverstanden, daß in entsprechender Anwendung der Bestimmung, die der § 20 Abs. 2 Satz 1 der Stundungsverordnung für verzinsliche, an der Börse nicht notierte Schatzanweisungen der Länder enthält, die E-Schätze zu 80 v. H. ihres Nennwerts als Sicherheit für Reichssteuern angenommen werden.

—* **Von dem landwirtschaftlichen Kreisverein** wird uns mitgeteilt, daß die Anmeldungen von Vieh, Maschinen, Geräten, Früchten usw., die für die Ausstellung des Vereins am 13. und 14. September bestimmt sind, bis zum 6. September bei dem Vorsitzenden des Ortsvereins Plettenberg, Herrn Gutsbesitzer Karl Werdes in Leinschede eingehen müssen. Dieser Termin mußte gewählt werden, um die Vorbereitungen für die Ausstellung — Zahl der Stände, Einzelplätze usw. — rechtzeitig treffen zu können. Formulare für die Anmeldungen sind bei den Vorsitzenden der landwirtschaftlichen Ortsvereine zu haben. Mit der Ausstellung soll auch eine Ausstellung von Jagdtrophäen verbunden werden, worauf wir Interessenten besonders aufmerksam machen. Die Lose für die Ausspielung sind inzwischen in den Kreis gegeben. Sie sind in den Landbezirken zunächst bei den Polizeibeamten, im übrigen bei den landwirtschaftlichen Ortsvereinen zum Preise von 50 Pfg. zu kaufen. Für die Ausstellung stehen bereits eine ganze Reihe wertvoller Ehrenpreise zur Verfügung, weitere sind in Aussicht gestellt. Die überall zum Aushang gekommenen Plakate enthalten die ausführliche Festordnung. Eine besondere Anziehung, insbesondere für die nichtbäuerliche Bevölkerung werden das am zweiten Tage stattfindende Pferderennen und das Trabkarrenfahren bilden, Veranstaltungen, wie sie der Kreisverein in diesem Umfange noch nicht gemacht hat. Wir machen Interessenten noch auf die am ersten Festtage stattfindende Pferde- und Fohlenversteigerung aufmerksam.

+ **Kierspe,** 27. Aug. Der Landwehrverein Kierspe feiert am kommenden Sonntag das Fest seines 57 jährigen Bestehens. Mit der Veranstaltung ist eine Gedächtnisfeier am Kriegerdenkmal verbunden. Der Landwehrverein hat nach dem Kriege an Bedeutung gewonnen, sodaß auch diese Feier sich den vorigen würdig anschließen wird. Im übrigen sei auf das Inserat in nächster Nummer hingewiesen.

Hagen, 27. Aug. Das erweiterte Schöffengericht verurteilte gestern abend spät nach 12stündiger Sitzung einen Oberpostsekretär aus Haspe, der an seiner Dienststelle seit dem Jahre 1917 bis in die jüngste Zeit hinein etwa 400 Postpakete gestohlen und jahrelang Telegrammgebühren unterschlagen hatte. Obschon heimlicher Trinker, hat er seinen Vorgesetzten eine so gute Meinung von sich beigebracht, daß seine Verfehlungen erst kürzlich durch einen Zufall aufgedeckt wurden. 120 Lebensmittelsendungen hat er durch seinen Schwiegervater, der ein Lebensmittelgeschäft betreibt, verkaufen lassen. Das Urteil lautet auf 2 Jahre 6 Monate Gefängnis und die üblichen Nebenstrafen. Die Verhandlung wurde unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt, da an einer Anzahl Postämter Untersuchungen in ähnlichen Angelegenheiten schweben.

Attendorn, 27. Aug. Die verlorne Monatskarte. Kürzlich war hier dem Landwirt Hengelsbach ein Rind aus dem Stalle gestohlen worden. Auf dem Hofe des H. fand man am Morgen darauf eine Monatskarte mit

Neuheit!

Heitmann's Entfärber

entfernt **ausgelaufene Farben**
aus bunter und weißer Wäsche

entfärbt **farbige Stoffe**
selbst die zartesten Gewebe

beseitigt **Flecken**
von Obst, Rotwein, Kaffee, Kakao und dergl.

Unschädlich für alle Stoffe. Mühelose Anwendung. Man achte auf die Marke: „Fuchskopf im Stern".

Erhältlich bei:

Ewald Kranefeld, Med.-Drogerie Carl Menke, Drogerie Aug. Schäckermann Nachf. in Halver.

Aus eigener Kraft.

Roman von H. Abt.

15) (Nachdruck verboten.)

Abweisung von roten Mädchenlippen war etwas, wofür Rudolf Müllenhof der Ernst der Auffassung fehlte. Sein Lächeln vertiefte sich, und seine geschmeidige Gestalt etwas mehr zu der noch an ihrer Schreibmaschine Sitzenden hinabbeugend, bat er: „Darf ich auch fernerhin auf Ihre kollegiale Liebenswürdigkeit rechnen?"

Ihre Augen, die auf die Schreibmaschine hinabgeblickt, schlugen sich plötzlich aus nächster Nähe zu ihm auf.

„Donnerwetter!" dachte er, obgleich es ein koketter Aufblick war, der mit raschem Blitzen beim andern Funken schlug. Das gerade Gegenteil. Etwas Vereisendes war in diesen groß aufgeschlagenen, goldig braunen, klaren Augensternen. Doch nein, „vereisend" war auch nicht das rechte Wort. Nur etwas — etwas Achtunggebietendes, Respektabnötigendes.

Seine vertraulich hinabgeneigte Haltung hatte sich unwillkürlich wieder gestrafft, und wie zur Erläuterung seiner Bitte fügte er hinzu:

„Ich hatte Gelegenheit, zu hören, wie Sie an allerhöchster Stelle sich besten Zutrauens erfreuen, und erforderlichenfalls ein freundlicher Wink von Ihnen dürfte meinem guten Fortkommen hier sehr dienlich sein. Apropos" — er kniff ein Auge ein und wirbelte den Schnurrbart auf — „hat der verehrte Chef öfters solche — zoologischen Anwandlungen?"

Käthe Eilert antwortete nicht gleich. Sie sah noch immer den vor ihr Stehenden an, hatte die Ellbogen auf den Tisch gestemmt und sagte nun gelassenen Tones:

„Oh, Herr Brömmelmann ist vielleicht ein bißchen reizbar, aber im allgemeinen nicht ungerecht."

„Im — allgemeinen — nicht — ungerecht," sprach ihr der schöne Rudi silbenweise nach und starrte sie in maßlosester Verwunderung an.

„Ich mache niemals Komplimente und schmeichle nicht. Aber wenn ich Ihnen wirklich einen guten Rat geben soll, so wäre es der: Suchen Sie sich unseren Kontoraepflogenheiten ein bißchen anzupassen, wenn es Ihnen darum zu tun ist, Ihre Stelle zu behalten. Es liegt für jeden von uns immer so viel Arbeit vor, daß zum Amüsieren keine Zeit bleibt — so angenehm auch sonst die Unterbrechung wäre," schloß sie mit einem heimlichen Lächeln, das in das kleine, feste Kinn ein weiches Grübchen grub. Und in diesem Grübchen versank das schnöde Wort, mit dem der schöne Rudi das Tippfräulein bei sich hatte abtun wollen.

Eine arrogante, tugendboldige Pute. I bewahre! Das ließ sich nur so an, bei näherem Zusehen schien sie ganz nett.

Da rief von der offenen Tür herüber Herr Körte, der dort wie eine grimme Schildwacht stand:

„Na, Müllenhof, gehen Sie nicht zum Mittagessen?"

„Nach Ihnen, Verehrtester, allemal nach Ihnen," klang es zurück, und sich mit einem flotten „Mahlzeit" von Fräulein Eilert verabschiedend, wartete Rudolf Müllenhof, bis sich der Buchhalter mit vernichtendem Seitenblick entschlossen hatte, den Vortritt zu nehmen. Dann verließ auch er, das Stöckchen auf und nieder schwenkend, das Kontor, um erst mal nach einem geeigneten Lokal Umschau zu halten, wo er für die nächsten vier Wochen standesgemäß dinieren konnte. Standesgemäß — das hieß, den hundert Mark entsprechend, die August Heinrich Brömmelmann seinem neuen Korrespondenten bewilligt hatte. Erst nach längerem Zaudern hatte er sich entschlossen, es einem zu bewilligen, der keine anderen Referenzen vorlegen konnte als die Bescheinigung der abgelegten Einjährig-Freiwilligen-Prüfung und die Bestätigung einer Handelsschule, daß er daselbst vor Jahren Buchführung und kaufmännische Korrespondenz erlernt. Und Herr Brömmelmann würde noch weit mehr gezaudert haben, hätte ihm nicht durch plötzliche Erkrankung seines seitherigen Korrespondenten das Messer an der Kehle gesteckt. So hatte er sich denn zu dem Wagnis entschlossen und sich durch zwanzig Mark Abzug von dem bisher gezahlten Monatsgehalt sein Vertrauen gelohnt, dessen sich nach jeder Richtung hin würdig zu erweisen Rudolf Müllenhof feierlich gelobt hatte.

Darauf hatte sich der schöne Rudi in Schöneberg unter dem Vorwand einer Sommerreise von seinen eigenen Angestellten verabschiedet, hatte sich auch dem Onkel Jobst mit mannhaftem Händedruck empfohlen und war mit einem kleinen Koffer nach dem Engelufer gefahren, wo er sich ein Zimmer gemietet hatte.

„Alles funkelnagelneue Sachen un keene Wanzen," hatte die dicke Bierkutschersgattin ihr Quartier herausgestrichen. An die letztere Möglichkeit hatte er noch gar nicht gedacht, aber so nachdrücklich betont war ihm die funkelnagelneue Sechsdreiereleganz noch besonders begehrenswert erschienen, und er hatte ohne weiteres Ueberlegen und Feilschen gemietet, und er hatte sich genaue Rechnung aufgestellt, wie während dieser vierwöchigen Welt- und [illegible] mit seinen selbstverdienten hundert Emm ein Auskommen war.

Und es schien ja famos zu gehen. „Mehr als sattessen kann der Mensch sich nicht," hatte er gedacht und sich in einem kleinen, destillenartigen „Familienrestaurant" für ein paar Groschen eine ansehnliche Portion Brühkartoffeln und Rindfleisch vortrefflich schmecken lassen. Am Abend aber erkundigte er sich bei seiner dicken Zimmerwirtin:

„Sagen Sie mal, können Sie mir was zum Abendbrot besorgen? Aber mehr als fünfundsiebzig Pfennig darf's nicht kosten."

„Fünfundsiebzig Pfennig? Daderfor besorg' ick Sie 'n Abendbrot wie vor'n Frasen."

Und was sie ihm dann, appetitlich angerichtet, auf dem Tische aufgebaut, entlockte dem schönen Rudi einen Wonneschrei.

„Das haben Sie alles dafür zu Wege gebracht? Einen Kuß sollen Sie haben, süße Hulda!"

„'n Kuß woll'n Se ooch noch? Der kost' fufzig Pfennig extra," lachte die Quartiergeberin, daß ihre sämtlichen Fettpolster ins Hüpfen kamen. Und dann schlug sie ihrem möblierten Herrn kräftig auf die Schulter. „Spaß muß sind, und so wat Forsches und Fideles hab' ick mir schon lange jewünscht. Der Vorige, det war man so'n armet, miesepietrichtet Huhn."

Er ließ sich's wohl sein bei seinem gräflichen Mahl, las die Abendzeitung dazu, und als die Uhr zehn schlug, warf er die Kleider ab, drehte die Lampe aus, streckte sich auf das Lager hin und tat einen tiefen, friedlichen Schlaf, bis andern Tages früh um sechs die Morgensonne ihn munter kitzelte.

(Fortsetzung folgt.)

Gebrauche Ata



-und im Haus sieht's stets bei dir wie Sonntag aus!
(ATA HENKEL'S PUTZ-UND SCHEUERMITTEL)

Statt besonderer Anzeige.



Heute morgen starb unerwartet unsere liebe unvergessliche Schwester, Schwägerin und Tante

Marie Fastenrath

nach kurzem schweren Leiden im Alter von 45 Jahren.

In tiefer Trauer:

Helene Fastenrath
Walter Fastenrath
Hans Fastenrath
Elisabeth Fastenrath
geb. Visch-Sluyter.

Halver und Nordhorn, den 26. Aug. 1924.

Die Beerdigung findet Freitag, den 29 August, nachmittags 4 Uhr, statt.

Von Beileidsbesuchen wolle man Abstand nehmen.

Statt besonderer Anzeige.



Gestern nachmittag 2½ Uhr entschlief sanft infolge Altersschwäche meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Schwester, Schwägerin, Tante und Cousine, die

Ehefrau Th. Dörscheln

Henriette geb. **Panne**

im Alter von 73 Jahren und 10 Monate.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Bommert und auf dem Heede,
den 26. August 1924.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 29. August, nachm. 1½ Uhr vom Sterbehause aus statt.
Kranzspenden dankend verbeten.

Trauerdrucksachen

fertigs schnellstens an **der Verlag dieser Zeitung.**

Amt Halver. Nacheichung.

Zur Durchführung der periodischen Nacheichungen sind für den Amtsbezirk Halver nachstehende Termine angesetzt:

I. 8., 9. und 10. September 1924 im Saale des Wirtes Fritz Wilke in Ehringhausen für die Schulbezirke Ehringhausen und Oberbrügge.

II. Im Saale des Gastwirts Carl Theimann in Halver am 12., 15., 16. und 17. September 1924 für die Schulbezirke Halver, Bergfeld und Bommert,

am 18., 19., 22. u. 23. September 1924 für die Schulbezirke Anschlag und Schwenke,

am 24., 25. und 26. September 1924 für die Schulbezirke Buschhausen und Glörfeld,

am 29 und 30. September 1924 für den Schulbezirk Heesfeld.

III. am 3., 6., 7. 8. und 9. Oktober 1924 im Saale des Wirts H. Huffer in Schalksmühle für die Gemeinde Schalksmühle.

Zur Einlieferung ihrer Meß- und Wiegegerätschaften in **gehörig gereinigtem Zustande** an den Eichtagen sind verpflichtet:

die Gewerbetreibenden und Landwirte, sobald sie beim Absatz ihrer Erzeugnisse die Ergebnisse von Meß- und Wiegegerätschaften einer Preisbestimmung zugrunde legen,

die Konsumvereine, auch wenn sie nur an Mitglieder Ware absetzen; die **Großhandlungen und Fabrikbetriebe,** wenn Meß und Wiegegeräte zur Preis- oder Arbeitslohnberechnung Verwendung finden.

Die Einlieferung der Meß- und Wiegegeräte hat möglichst bis **10 Uhr** vormittags zu erfolgen. Sie geschieht zur Erleichterung der Abfertigung zweckmäßig an den jeweiligen **ersten Eichtagen** in dem betreffenden Bezirke

Die Einziehung der Gebühren geschieht der Einfachheit halber sofort im Eichlokal durch den anwesenden Vollziehungsbeamten.

Fest fundamierte und nicht transportable Waagen werden am Aufstellungsort geprüft, doch muß die Anmeldung baldmöglichst erfolgen. Die Eichgebühren-Ordnung und die Vorschriften für die Erhebung der Eichgebühren usw. können im Amtshause, Zimmer Nr. 9 eingesehen werden

Halver, den 25. August 1924.

Der Amtmann.

Ehringhauser Freiw. Feuerwehr.

Zur Teilnahme an der Beerdigung des verstorbenen Kameraden und Mitbegründers unserer Wehr

Otto Nockemann sen.

treten die Kameraden am Freitag, den 29. d. M. nachm. 2¾ Uhr am Vereinslokale an.

Vollzähliges Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Zum Wochen-Ende

bieten wir aus verschiedenen Abteilungen besonders vorteilhafte Gelegenheits-Posten an.

Damen-Mäntel
12.50 18.00 26.00 39.00

Jacken-Kleider
15.00 29.00 48.00 65.00

Sport-Westen
9.50 14.75 17.50 29.00

Herren-Loden-Mäntel
24.00 38.00 46.00 68.00

Herren-Hosen
4.50 6.50 10.50 15.50

Knaben-Schul-Anzüge
8.50 12.50 16.00 24.00

Damen-Strümpfe
0.55 0.85 1.10 1.40

Herren-Socken
0.65 0.95 1.20 1.50

Kinder-Strümpfe, Gr. 1-9
grau und beige 1.20 bis 2.80

Schlaf-Decken
2.30 3.75 Ia. Jacq. 9.50

Rohflanell per Meter
0.75 0.95 1.20

Hemdentuch
0.58 0.65 0.75 0.95

Damen-Hemd-Hosen
2.50 3.00 3.50 4.50

Damen-Schlüpfer
1.25 1.95 2.25 2.95

Korsett-Schoner
0.80 1.10 1.25 1.60

Herren-Einsatzhemden
2.10 2.50 3.20 4.00

Herren-Macco-Jacken
2.20 3.00 3.60 4.20

Herren-Macco-Hosen
2.50 2.90 3.50 4.50

Wasch-Unterröcke
3.50 4.95 5.25 6.75

Kinder-Schürzen
1.65 2.50 3.45 4.50

Taschentücher, gest.
0.40 0.55 0.75 0.95

Satin-Steppdecken
m. Halbwollfüllung 19.50 27.50
m. Wollfüllung 39.50 48.00
für Kinderbetten 11.50 13.50

Spannstoffe 130 cm. breit
Meter 1.25 1.60 2.40 3.80

Gebr. Alsberg, Lüdenscheid

Landwehr-Verein Halver.

Anläßlich eines Ausfluges **des Artillerievereins Haspe** veranstaltet derselbe am **Samstag, den 30. cr.** abends 7 Uhr im „Haus zur Fuhr" einen

Vaterländischen Unterhaltungsabend

wozu die Mitglieder unseres Vereins eingeladen sind (Eintritt frei.)

Wir bitten um rege Beteiligung

Der Vorstand.

Turnverein Grünenbaum.

Zum gemeinsamen **Abmarsch zur Jugendveranstaltung in Kreisch** am **Sonntag, d. 31. 8. 1924** Treffpunkt nachm. 1½ Uhr für die Mitglieder und Schüler des **Schulbezirks Glörfeld am Vereinslokal,**

desgl. für den **Schulbezirk Buschhausen** auf dem Schulplatz in **Buschhausen.**

Zuschauer werden gebeten, sich anzuschließen

Kopfbedeckung der Mitglieder: Mütze.

Der Vorstand.

Amt Lüdenscheid.

Oeffentliche Mahnung.

Die Lohnsummensteuer für Juli
die staatl. Steuer vom Grundvermögen.
die Hauszinssteuer und
die Gewerbeertragssteuer für August,
die Gemeindegrundsteuer,
die Hundesteuer,
die Handwerkskammer- und
die Landwirtschaftskammerbeiträge für Juli-September

sowie die Viehseuchenabgaben für 1924 sind bis zum 1. Oktober d. J zu zahlen; ab 2. Oktober erfolgt zwangsweise Einziehung. Die Zuschläge werden vom Fälligkeitstage ab erhoben. Ferner wird an die **Einreichung der Voranmeldungen für die Gewerbeertrags- und Lohnsummensteuer** erinnert

Die Amts- und Gemeindekassenverwaltung.

Schützengesellsch. Halver.

Sonntag, d. 31. Aug. ab 4 Uhr

Schießen.

Rauch- u. Kau-Tabak

Wiederverk z. Fabrikpreise

Fr. Herm. Bohmer
Schalksmühle.

Gemeinde Halver.

Die am 31. Juli d Js. von der Gemeindevertretung Halver **getätigte Wiederwahl** des Geschäftsführers **Wilhelm Fernholz zum Gemeindevorsteher** sowie des Genecalagenten und Schneidermeisters **Adolf Welter zum stellvertretenden Gemeindevorsteher,** beide in Halver wohnhaft, ist von der Aufsichtsbehörde bestätigt worden.

Halver, den 25. August 1924

Der Amtmann.

Für Ausflüge und Reise

empfehle:
Echt lederne Reisekoffer,
Rucksäcke, Spazierstöcke.
Sämtliche
Toilette-Artikel,
Reise-Necessaire,
Lederwaren, etc.
Japantaschen Peddigrohr

Wilh. Bell jr.
Halver i. W.

(Staatsmedaille gold. Ausstellungspreise)

Pianos Flügel - Harmoniums
Verkauf an Private.
Roth & Junius
Hof-Piano- und Flügelfabrik
Hagen i. W.
Bahnhofstraße 29

Filiale: Berlin
Hardenbergstr. 14.

NB. Eintausch und Ankauf von gebrauchten Instrumenten Stimmungen und Reparaturen.

Ringfrei
Auto-Möbeltransporte. 1a Referenzen
Spedition, große Sammelläger für alle Güter. Transporte aller Art.

Westtrans

(Westdeutsche Transport Gesellschaft)
Hagen i. W. (am Odeon)
Dahlenkampstraße 4
1081 Fernsprecher 3954 und 4528.
Billigste Preisstellung.

Suche zum 15. Sept. evtl. früher ein erfahrenes, ordentliches

Mädchen

für meinen Haushalt.

Frau Tilenius,
Apotheke, **Halver.**

Bestellungen in

Weiß- und Rotkohl

nimmt entgegen.

Otto Ohler,
Ohl-Rönsahl.

Habe Freitag eine Auswahl

Kühe

zum Verkauf.

W. Schoppmann,
Linge.